

Riesfaer Tageblatt

und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Verleger:
Riesfaer
Königsberg
Königsberg

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Königsberg, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Königsberg, des Rates der Stadt Königsberg, des Finanzamts Königsberg und des Hauptzollamts Königsberg bestim�mte Blatt.

Postfach
Königsberg
Königsberg

Nr. 226.

Mittwoch, 26. September 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Rest des Jahres von 30 Mark. Bei Vorbestellung des Jahresabonnements wird ein Rabatt von 10 Prozent gewährt. Die Abnahme des Tagesabonnements ist bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Schriftgröße (6 Zeilen) 100 Mark-Pfennige; jeitendender und tabellarischer Satz 50%, Kustschrift, feste Tarife. Sonstige Abgaben sind nach dem Vertrag zu bestimmen, wenn diese eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Königsberg. Verantwortliche Redaktion: Friedrich Heilmann, Königsberg. Druck: J. G. Winterlich, Königsberg. Verlagsstelle: Gostische 59. Verantwortlich für Redaktion: Friedrich Heilmann, Königsberg. Druck: J. G. Winterlich, Königsberg. Verlagsstelle: Gostische 59.

Der Baltische im Osten.

Von unserem Berliner Vertreter.

zu. Bei den im November dieses Jahres in Königsberg stattfindenden polnisch-litauischen Verhandlungen wird, wie man gelegentlich der Besprechungen auf der Generalkonferenz der Baltischen Staaten gebürt hat, auch die herkömmliche Bilanzfrage eine große Rolle spielen.

Das Baltische, das seit dem Ende des Weltkrieges den ewigen Kampf zwischen Polen und Litauen bildet, wurde nach der Errichtung des Staates Litauen von diesem mit Ausnahme eines kleinen Teils des Baltischen auf den nordwestlichen Teil im Oktober 1920 von polnischen Truppen unter General Hallgöwitsch besetzt und am 14. Oktober 1923 von der Baltischen Konferenz Litauen zugesprochen, jedoch mit der Maßgabe, daß die polnische Regierung dem Baltischen eine belagerte Verfassung geben müsse, was bisher nicht geschehen ist. Litauen erkannte die Besitzergreifung des Gebietes durch Polen nicht an, suchte sich zwar durch die Anektierung des neutralen Memellandes schuldig zu halten, was aber auch mit diesem Erfolg nicht ausreichte und verlangt auch heute noch von Polen die Herausgabe des größten Teiles des so heimstrittigen Bodens.

Es ist klar, daß die Gegensätze zwischen Polen und Litauen nicht zur Ruhe kommen werden, so lange die Frage nicht endgültig gelöst ist, was über die Baltische sein soll. Ueber dieser Stadt liegt für jeden, der mit offenen Augen durch ihre Straßen geht, ein ganz eigenartiger Hauch. Als Napoleon I. in Wilna eintraf, konnte auch er sich diesem merkwürdigen Hauch nicht entziehen. Er erwiderte die St. Annenkirche, und sein erstes Wort war: „Diese Kirche möchte ich ganz gut und beifolam auf der hohen Hand nach Paris tragen.“ Und St. Annen und St. Bernhards, zu einer hinreichend schönen Gruppe verbunden, ist nur eines der nahezu unzahligen Bauten der verschiedensten Jahrhunderte, Stil und Kunststile, die sich auf Schritt und Tritt in leuchtendem Weiß, in rosa, blau und gold vor dem Besucher der Stadt auftun.

Dieses Wilna ist keine polnische Stadt, wie Bilsudki und glauben möchte. Es ist auch kein rein litauisches Gemeinwesen, es ist vielmehr eine Stadt, in der sich ganz einseitig wehrslawischer, litauischer, jüdischer und polnischer Kultur einfließen zu einer schwer von einander zu lösenden Einheit verschmolzen haben.

Es ist keine Frage: Ruhe wird es nie geben, wenn Wilna polnisch bleibt. Zu sehr ist es im Bewußtsein der dort seit etwa 20 Jahren unter dem Einfluß seines großen Dichters Widunas politisch erwachten litauischen Volkes mit unauflöslichem Nationalgefühl verbunden. Aus der anderen Seite weiß Polen die politischen Gründe wohl zu schätzen, aus denen heraus es das durch einen Gewaltstreik in seinen Besitz gelangte Wilna nicht wieder an Litauen zurückgeben darf. Es ist daher kein Wunder, daß der Plan einer Autonomie Wilnas neuerdings härter aufkaufft.

Dies ist ein solcher Autonomieplan, wie im Falle des rein deutschen Danzig eine Willkür, nur entstanden, um ein offenkundiges politisches Unrecht etwas zu verschleiern. Im Falle Wilnas könnte diese Autonomie aber wohl eine gültige Lösung bedeuten. Diese Stadt und ihr Baltisch sind etwas Einzigartiges, nirgend woanders Einzigartiges. Ihre rein wehrslawische Umgebung, ihre 60 000 Juden stempeln die Stadt von vornherein zu einer Metropole, in der weder Polen noch Litauen jemals auf natürlichem Wege die Oberhand erlangen können.

Eine Autonomie Wilna dagegen, unter dem Schutze des Baltischen, in dem jeder der dort vertretenden Völkergruppen das selbstverwaltende, kulturelle Selbstbestimmungsrecht eingehend erhalten müßte, könnte als letzter Ausweg sowohl von stark ausgeprägten litauischen Nationalgefühlen als auch von dem polnischen Nationalgefühl anerkannt werden, wenn in der Politik der Welt und Recht entschieden würde. Da aber heute mehr denn je die Gefahr besteht, daß die klaren Empfindungen des polnischen Selbstherrschers Willkür, Herrschaft und Recht weniger zur Geltung kommen lassen wollen, als die eigenen Machtansprüche, so ist leider die Wahrscheinlichkeit noch gering, daß in absehbarer Zeit dieses Reiches barocke Bauplan im Osten Europas, dieser Sammelplatz von vier aufeinander geprellten, einander vielfach wehrslawischen und doch irgendwie heute miteinander verbundenen Kulturen aus dem Schutze polnischer Staatsgewalt herausgelöst und an einen Platz gestellt wird, wo es sich frei und ungehindert entfalten kann.

Immerhin besteht zur Zeit jedoch, wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, eine gewisse Aussicht auf Einigung in dieser auch für Deutschland sehr wichtigen Frage, da ja bekanntlich Bilsudki sich selbst augenblicklich aus der Ärmelung aus der politischen Atmosphäre ausschaltet hat. Es ist also nicht von der Hand zu weisen, daß es diesmal in Königsberg wenigstens doch noch zu einem Kompromiß kommt, das in der Hauptsache auf dem Fortschritt der Baltischen dächte, dem Baltischen Autonomie, wenn auch schließlich nur eine beschränkte, unter dem Schutze des Baltischen, zu geben.

Die Opfer der Tornados-Katastrophe.

Welt-Berlin. Nach den neuesten Meldungen vom Roten Kreuz herangezogenen Zahlen beträgt die Zahl der Todesopfer, die der Tornados in Florida geleidet hat, 2000.

Graf Bernstorff über die Abrüstungsfrage.

(Genf, 25. September. Vor der Völkerverammlung hielt Graf Bernstorff folgende Rede zur Abrüstungsfrage:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir mit einigen Bemerkungen den Standpunkt zu erläutern, den die deutsche Delegation gegenüber der Ihnen vorliegenden Resolution einnimmt.

Der Führer der deutschen Delegation, Herr Reichsminister Müller, hat von dieser Stelle aus die Bundesversammlung ersucht, sich endgültig über die Einberufung einer ersten Entlastungskonferenz schlüssig zu machen und Vorsorge dafür zu treffen, daß die technischen Arbeiten der vorbereitenden Abrüstungskommissionen nunmehr unverzüglich zum Abschluß gebracht werden. Er fügte hinzu, daß es die Aufgabe der ersten Entlastungskonferenz sein müsse, als erste Etappe eine vollständige Darstellung des gegenwärtigen Abwärtensstandes, und zwar aller Nationen der Abrüstung zu Lande, zur See und in der Luft, herbeizuführen und ferner die volle Substanz aller Abwärtensmaßnahmen zu gewährleisten. Während der Beratungen der dritten Kommission hat die deutsche Delegation, wie in dem Bericht des Herrn Reichsministers Müller bereits erwähnt wurde, dieses Ertrinken zum Gegenstand eines förmlichen Antrags gemacht durch Einbringen des Entwurfs einer Resolution, deren Tenor dahin lautet, die Bundesversammlung möge den Völkerverammlung bitten, die erste Entlastungskonferenz im Laufe des Jahres 1929 einzuberufen, und dem Präsidenten der vorbereitenden Abrüstungskommission die Einberufung dieser Kommission zum Zwecke der rechtzeitigen Aufstellung eines Abwärtensprogramms anheimzugeben.

Es ist nicht, Ihnen zu sagen, wie sehr die deutsche Delegation es bedauert, mit ihren Anträgen nicht durchgedrungen zu sein? Die Argumente, die man uns entgegengehalten hat, bewegen sich in doppelter Richtung. Man hat einerseits Einwendungen gegen die Schlussfolgerungen erhoben, die Deutschland aus der Tatsache seiner eigenen Entlastung herleitet, aus denen glaubt, indem man sowohl an der Art der Erfüllung der deutschen Entlastungsmaßnahmen Kritik übt, als auch die Bedeutung und den Grund dieser Abrüstung abzuschwächen sucht. Daneben hat man die Möglichkeiten, die heute für eine wirksame Inangriffnahme der allgemeinen Abrüstung gegeben sind, mit übertriebener Frechheit und Juristerei behauptet. Man hat technische und politische Schwierigkeiten in den Vordergrund gestellt, die der schnellen Erreichung der ersten Etappe der allgemeinen Abrüstung entgegenstehen, und hat den von Deutschland gewünschten Entschluß zu bestimmten konkreten Maßnahmen für unzulässig oder sonar für gefährlich erklärt.

Trotz unseres aufrichtigen Wunsches, den Standpunkt der anderen Delegationen zu verstehen, haben wir uns doch nicht von der Stichhaltigkeit dieser Einwendungen abbringen lassen und müssen unseren Standpunkt, wie er von dieser Stelle aus dargelegt wurde, aufrechterhalten.

Vielleicht ist es nicht genötigt, auf die hier aufgeworfene Frage der Durchführung der deutschen Entlastung nochmals zurückzukommen. Es ist nicht anzugehen, das Schicksal der Genfer Verhandlungen irgendwie mit dem Hinweis auf die Zeitdauer in Verbindung bringen zu wollen, die die Durchführung der deutschen Entlastungsmaßnahmen in Anspruch genommen hat. Wie steht es denn damit? Am 1. Januar 1921 war die Stärke der deutschen Reichsflotte auf 100 000 Mann herabgesetzt. Schon im Sommer 1922 war die vorgezeichnete Reduzierung der deutschen Flotte vollzogen. Bis Ende 1923 war die vertraglich vorgeschriebene Verringerung und Ausrüstung von Schiffen und Munition zu 75 Prozent erfolgt. Damit war die Abrüstung in allen ihren Kernpunkten durchgeführt. Es blieben nur gewisse Restpunkte nicht erledigt, bei denen es sich um Auslegungsfragen handelte.

Es ist ebenfalls nicht nötig, daß die Abrüstung Deutschlands auch heute noch einen militärischen Nachteil herbeiführt, der bei der Beurteilung der internationalen Lage irgendwie ins Gewicht fällt. Der Schwerpunkt ist aller Welt bekannt. Deutschland besitzt keine schwere Artillerie, keine Kanäle, keine militärische Luftflotte. Es besitzt ihm jede Wehrer zu Wasser und zu Lande. Der Bestand an ausgebildeten Mannschaften wird von Jahr zu Jahr geringer. Seine Kriegsindustrie ist vernichtet. Es würde vieler Monate bedürfen, um neue Mannschaften militärisch auszubilden, und noch viel länger, um eine selbst hochentwickelte Kriegsindustrie auf die Bedürfnisse des Krieges umzustellen. Bei Deutschland geschäplicher Lage und der militärischen Stärke seiner Nachbarn wäre ein Krieg längst zu seinen Ungunsten entschieden, ehe es seine Volkskraft und seine industrielle Kraft wirklich werden lassen könnte.

Meine Damen und Herren! Es kann von Deutschland nicht anders als mit Bitterkeit empfunden werden, wenn

Abstieg des östlichen Schiffs von Kiel.

Kiel. Am gestrigen letzten Tage ihres Kieler Aufenthaltes haben etwa 60 Unteroffiziere und Mannschaften des östlichen Schiffs „General Boguchanow“ am Einbruch der Nacht in Kraftwagen in die Ostpreussische Schloß, wo sie das Marinegymnasium in Wehlente und auf der Rückfahrt die Reichs- und Bahnhöfe in Wehlente in Augenschein nahmen. Als die vier verbleibenden Teile der Besatzung wurden wiederum in Kraftwagen verladen, während die Offiziere in Kraftwagen verladen wurden. Die Besatzung wurde in das Marine-Arsenal und die Deutschen Wehr verladen.

man die lokal durchgeführten Entlastungsmaßnahmen in ihrer außerordentlichen Tragweite verkümmert oder sogar so weit geht, Deutschland keine Wehrverfassung vorzumerken, die ihm durch den Versailler Vertrag auferlegt ist, und daß man friedliche Wehrarbeit als Argument gegen uns benutzte.

Ebenso wenig kann ich mich den aus der augenblicklichen politischen Situation entnommenen Argumenten anschließen, mit denen man die deutschen Vorschläge zurückgewiesen hat. Selbst die vorliegende Resolution muß in ihrem ersten Absatz die unzulässige Tatsache feststellen, daß die gegenwärtig gegebene Sicherheit der Staaten schon jetzt den Abschluß einer ersten Konvention erzwinge. Wo liegen die Gründe dafür, daß die Bundesversammlung aus dieser Feststellung nicht die einzig gegebene Schlussfolgerung zieht? Will man denn immer noch den Sicherheits- dem Abrüstungsdenken entgegengehen? Wir können nur immer wieder auf den elementaren Gedanken hinweisen, daß zur Verwirklichung der Sicherheit nichts mehr beitragen kann als der Beginn der allgemeinen Abrüstung selbst. Wir können auch nicht zugeben, daß die vorbereitende Abrüstungskommission lediglich dazu da sei, eines Tages die zwischen den Staaten bereits direkt erzielte Übereinkunft zu revidieren. Es ist ihr Zweck, diese Übereinkunft herbeizuführen. Selbstverständlich sollten unsere Anträge keineswegs in schwächende diplomatische Verhandlungen über eingreifen. Es ist aber nicht einzusehen, warum die vorbereitende Abrüstungskommission selbst nicht auch bei dem augenblicklichen Stand der Dinge erfolgreiche Arbeit leisten könnte. Die Kommission ist ein politisches Organ, deren Mitglieder von den Regierungen bestellt und instruiert werden. Gewiss sind die Arbeiten auf ihren früheren Tagungen durch lange politische Erörterungen aufgehalten worden. Nichts hindert aber, daß sie in Zukunft ein anderes Verfahren verfolgt, indem sie z. B. Unterkommissionen einsetzt, die sich mit den einzelnen Fragen, wie der Abrüstung der Marinekräfte, der von Deutschland beantragten Veröffentlichung der Abrüstungen oder anderen konkreten Aufgaben zu befassen hätten.

Es kommt ganz allein darauf an, daß man mit dem positiven Willen zu wirksamen Maßnahmen an das große Problem herangeht, und gerade wir hatten gewünscht diesen positiven Willen mit Kraft und Zuversicht in der Resolution der Völkerverammlung ausgedrückt zu sehen. Man sollte nur einmal die zahlreichen Resolutionen der Bundesversammlung aus den letzten Jahren hintereinander abdrucken, und man würde ein seltsames Bild vor sich haben. Man würde vor allem feststellen, daß die heutige Resolution nicht nur keinen Fortschritt bedeutet, sondern daß in ihr vielmehr ein Erlahmen des Willens zu energischen Schritten erkennbar wird. Von der Einberufung einer ersten Entlastungskonferenz ist in der Resolution überhaupt nicht mehr die Rede. Statt dessen könnte man glauben, daß die weitere Behandlung der Abrüstungsfrage in erster Linie diplomatischen Verhandlungen überlassen bleiben soll. Warum geht man nicht selbst daran, fest umrissene Grundzüge für die Abrüstungsarbeit aufzustellen? Man redet oft von der Gefahr, in dem Ansehen des Völkerverbandes drohen könnte, wenn eine so schnell einberufene Entlastungskonferenz zu keinem positiven Ergebnis führen sollte. Für weit größer halten wir die Gefahr, daß in der Welt der Gedanke entstehen könnte, als ob der Völkerverband vor seiner dringlichsten Aufgabe, die so eng mit der Abrüstung des Friedens verknüpft ist, untätig die Hände in den Schoß legt.

Das sind die Gründe, die es der deutschen Delegation unmöglich machen, für die neuen Verhandlungen, die sich aus der Resolution ergeben können, die Verantwortung zu übernehmen. Wir können nicht einer Resolution zustimmen, die vor allem die Bedenken gegen ein solches Vorgehen hervorhebt, anstatt dem Verlangen der Völkerverband zu entsprechen, die in der ganzen Welt vom Völkerverband zum mindesten ein erstes Ergebnis dieser seiner Arbeiten erwarten. Wir werden darum, daß wir nach wie vor bereit sind, loyal und ohne Einschränkung geplanter Arbeiten an den von der Völkerverammlung geplanten Arbeiten an zu beteiligen.

Die deutsche Delegation wird nicht gegen die Resolution in ihrer jetzigen Form stimmen. Was die Resolution positiv enthält — nach unserer Ansicht allzu wenig —, darf durch ein bloßes Veto nicht noch weiter abgeschwächt werden. Die deutsche Delegation wird sich deshalb der Stimme enthalten. Sie möchte die Hoffnung nicht aufgeben, daß die vorbereitende Abrüstungskommission, die zu Beginn des Jahres 1929 zusammenzutreten soll, zur schließlichen Einberufung der Entlastungskonferenz führen wird, die das Ziel unserer Bemühungen bleibt.

Der Kommandant des Schiffs, Fregattenkapitän Alard, hat während seines Kieler Aufenthaltes Gelegenheit genommen, im Namen der östlichen Marine am Oberrhein, auf dem Garnisonsfriedhof in Kiel einen Kranz niederzulegen.

Der Kommandant von Kiel, Kapitän v. S. Schumacher, der der Fregattenkapitän Alard, im Namen des Stationskommandos den warmsten Dank aus. Gegen 7 1/2 Uhr abends ging der „General Boguchanow“ in die Ostpreussische Schloß des Nord-Ostsee-Banals und trat kurz darauf die Wehrreise nach Danzig an.